



THESENPAPIER

**EINBINDUNG LOKALER REGIERUNGEN
IN DEN VERHANDLUNGS- UND
UMSETZUNGSPROZESS DES GLOBALEN
RAHMENS FÜR DIE BIOLOGISCHE
VIELFALT FÜR DIE ZEIT NACH 2020
DEZEMBER 2020**

Erstellt von



Mit Unterstützung von



Im Auftrag von



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

EINFÜHRUNG

Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt und arbeitet in Städten und auch die Zukunft dieser Welt ist urban. Hier wird deutlich, dass die Welt zur Bewältigung der Biodiversitäts- und Klimakrisen das Engagement der Städte braucht. Städte sind Knotenpunkte für Innovationen und ihr Potenzial, einen Transformationsprozess anzuführen, muss genutzt und ausgebaut werden. Die gegenwärtige Biodiversitätskrise ist nicht nur eine Umweltkrise, sondern auch eine Entwicklungskrise. Der rapide Verlust der biologischen Vielfalt, untergräbt die bisher erzielten Entwicklungsgewinne und Städte können eine wichtige Rolle bei der Umkehr dieses Trends spielen.¹

Es wird erwartet, dass bis 2050 rund 68% der Weltbevölkerung in Städten leben und mehr als 80 % der Bevölkerung in urbanen Gebieten leben werden.² Zum Beispiel lebten in China im Jahr 2019 58% der Bevölkerung in Städten. Die fortschreitende Urbanisierung geht jedoch auf Kosten der Natur. Der 2019 vom Weltbiodiversitätsrat IPBES veröffentlichte Global Assessment Report hat die Urbanisierung als eine der bedeutsamsten indirekten Treiber des Biodiversitätsverlusts identifiziert, da sie unter anderem Veränderungen in der Landnutzung mit sich bringt. Nach einer Bewertung aus dem Jahr 2018 könnten 290.000 km² natürlichen Lebensraums durch das Stadtwachstum weltweit direkt bedroht sein. Darüber hinaus haben Studien gezeigt, dass sich städtisches Wachstum auch indirekt negativ auf die Natur auswirkt³, und zwar in Form von Verschmutzung. So sind Städte unter anderem für mehr als 70% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich⁴. Darüber hinaus verbrauchen sie etwa 75% der vom Menschen genutzten natürlichen Ressourcen⁵, sodass einige WissenschaftlerInnen Städte als Hauptursache für den Verlust der biologischen Vielfalt betrachten.⁶

Ziel dieses Thesenpapiers ist es, diese dichotome Rolle von Städten als Ursache für die Verschlechterung des Zustandes der biologischen Vielfalt sowie als Lösungsträger zu untersuchen und die wichtigsten Konzepte, Aspekte und Entwicklungen im Bereich der städtischen Ökosysteme und naturbasierten Lösungen aufzuzeigen. Kapitel 1 gibt eine Zusammenfassung der direkten und indirekten Auswirkungen von Städten auf den Verlust biologischer Vielfalt anhand der von IPBES identifizierten Hauptursachen. In Kapitel 2 wird die vermehrte Anerkennung und Einbeziehung von subnationalen und lokalen Regierungen in internationale und nationale biodiversitätsbezogene Rahmenwerke aufgezeigt. Letztlich enthält Kapitel 3 eine Reihe von Empfehlungen und konkreten Maßnahmen für die Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Erhaltung und den Ausbau urbaner Biodiversität. Diese Ergebnisse werden zudem in die laufenden Diskussionen und Verhandlungen über die Formulierung des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 (Post-2020 GBF) einfließen, das voraussichtlich auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) im Jahr 2021 in Kunming, China, angenommen wird, um die Anerkennung lokaler und subnationaler Regierungen als zentrale Akteure bei der Umsetzung dieses Rahmenwerks zu erhöhen.

Globale Faktoren des Biodiversitätsverlusts als Orientierungsrahmen für Städte

Das globale IPBES-Assessment identifiziert fünf Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt: Landnutzungsänderung, Umweltverschmutzung, Klimawandel, direkte Ausbeutung von Organismen und invasive gebietsfremde Arten. Diese Faktoren bieten einen Rahmen für die Bewertung der direkten und indirekten Auswirkungen von Städten auf die biologische Vielfalt und können als Leitfaden für die Festlegung geeigneter Politiken und Maßnahmen dienen.

1. Landnutzungsänderung

Städte nehmen etwa 3% der Landoberfläche der Welt ein, haben allerdings aufgrund ihres wachsenden Bedarfs an natürlichen Ressourcen, ihrer Lage und ihrer räumlichen Muster einen wichtigen Einfluss auf die biologische Vielfalt. Die zunehmende Urbanisierung erfordert immer größere Mengen an Rohstoffen, die aus natürlichen Lebensräumen gewonnen werden, insbesondere um den Bedarf an grauer Infrastruktur zu decken. Dies erhöht den Druck auf diese Ökosysteme und führt zu Veränderungen in der Landnutzung und zu einem Verlust biologischer Vielfalt. Eine vom World Wildlife Fund geleitete Studie über die Auswirkungen des Sandabbaus für die Zementindustrie kam zu dem Schluss, dass die rasche Urbanisierung in Indien und China zur Verschlechterung wichtiger Flussökosysteme und zur Zerstörung der Lebensräume vieler gefährdeter Arten geführt hat.⁷ Der Standort von Städten, insbesondere wenn er sich in der Nähe empfindlicher Ökosysteme befindet, hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die biologische Vielfalt. Beispielsweise hat die Flächenumwandlung im Zuge sich ausweitender Küstenstädte einen direkten Einfluss auf Mangroven- und Meeresökosysteme. Neben ihren Standorten haben auch ihre räumlichen Ausdehnungsmuster einen direkten Einfluss auf die biologische Vielfalt. Eine kürzlich durchgeführte Studie schätzt, dass bis 2030 40% der streng geschützten Gebiete innerhalb einer Reichweite von 50 km von einem städtischen Gebiet liegen werden.⁸ Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass bis 2030 mehr als 25% der gefährdeten und kritisch bedrohten Arten direkt oder indirekt von Landnutzungsänderungen infolge von Stadterweiterungen betroffen sein werden.⁹ Das Mainstreaming von biologischer Vielfalt in städtische Raumplanungsansätze und Ressourcenverbrauchsstrukturen birgt daher ein erhebliches Potenzial, die Verschlechterung der Ökosysteme aufzuhalten und umzukehren.

Veränderungen in der Landnutzung sind jedoch nicht nur eine Folge von Zersiedelungsprozessen, sondern können auch durch Verdichtungsprozesse von bereits bestehenden Stadtgebieten erfolgen. Studien haben in der Tat erwiesen, dass die hohe Nachfrage nach Bauraum zu einer Zunahme der Bodenversiegelung innerhalb urbaner Räume geführt hat und somit zu einer Verringerung der städtischen Grünflächen und folglich zu einem starken Rückgang der städtischen biologischen Vielfalt.¹⁰

Schließlich tragen auch individuelle Entscheidungen von StadtbewohnerInnen zu einem Rückgang der städtischen Biodiversität bei. So haben beispielsweise in Deutschland viele private Gartenbesitzer ihre Grünflächen in Kies- und Schottergärten umgewandelt, weil sie angeblich weniger Pflege benötigen. Die Umwandlung eines Gartens in einen Kiesgarten hat jedoch enorme negative Auswirkungen auf die Biodiversität, da sie weder Lebensraum noch Nahrung für Bestäuber bieten. Aus diesem Grund hat beispielsweise das Land Baden-Württemberg beschlossen, Kiesgärten auf Privatgrundstücken zu verbieten.¹¹



2. Umweltverschmutzung

Die Umweltverschmutzung durch Städte beeinträchtigt umliegende sowie entfernte Ökosysteme. Luftverschmutzung durch Verkehr, Kohlekraftwerke und Heizsysteme ist das bekannteste Beispiel im Bereich der urbanen Verschmutzung, das sich nachteilig auf die biologische Vielfalt auswirkt. Studien haben außerdem gezeigt, dass andere Formen der Umweltverschmutzung wie z.B. Lärm- und Lichtverschmutzung die städtischen Ökosysteme ebenfalls schädigen.¹² Darüber hinaus wirkt sich urbane Umweltverschmutzung nicht nur auf die biologische Vielfalt innerhalb der Stadtgrenzen aus. So wurde zum einen beispielsweise nachgewiesen, dass die städtische Luftverschmutzung für das Phänomen des sauren Regens verantwortlich ist, das weit entfernte Wälder beeinträchtigt. Zum anderen wurde erwiesen, dass die festen Siedlungsabfälle aus zehn der weltweit am stärksten verstäderten Flusseinzugsgebiete die Ursache von mehr als 90% des Plastikmülls in den Meeren sind.¹³ Lösungen zur Reduzierung von Abfall und zur Verbesserung des Abfallmanagements innerhalb städtischer Gebiete könnten dementsprechend dazu beitragen, dem Verlust an biologischer Vielfalt entgegenzuwirken.

3. Klimawandel

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt sind allgemein bekannt. Durch den Klimawandel bedingte Hitzewellen, Dürren und extreme Wetterereignisse sind direkt für den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosysteme verantwortlich. Nach Angaben des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Weltklimarat IPCC) sind Städte für mehr als 70% der Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹⁴ Die Hauptquellen der städtischen Treibhausgasemissionen sind der Verkehr, die Energieproduktion und der Konsum von Gütern und Dienstleistungen durch die StadtbewohnerInnen. Indem Städte zum Klimawandel beitragen, begünstigen sie indirekt den Verlust der biologischen Vielfalt.



4. Direkte Ausbeute von Organismen

Studien haben ergeben, dass StadtbewohnerInnen zu einem höheren Fleischkonsum tendieren als Menschen, die in ländlichen Gebieten leben.¹⁵ Da rund 55% der Weltbevölkerung in Städten lebt,¹⁶ tragen die Ernährungsgewohnheiten der StadtbewohnerInnen indirekt zur Überfischung der Meere und zur Zerstörung natürlicher Lebensräume für Weidezwecke und Futtermittelanbau bei.

5. Invasive gebietsfremde Arten

Die Rolle der Städte in der Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten ist darin begründet, dass Städte seit jeher Handel betreiben¹⁷ und dieser eine Hauptursache der Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten ist.¹⁸ Darüber hinaus haben Studien gezeigt, dass städtische Gebiete günstige Ökosysteme für invasive gebietsfremde Arten, insbesondere Tierarten, darstellen.¹⁹ Der Überfluss an Nahrung und die relative Abwesenheit von Raubtieren begünstigen die Invasion von Tierarten wie dem Waschbären oder der Nilgans, da erfolgreiche invasive Arten in der Regel effizientere Jäger sind als einheimische Arten.²⁰ Infolge dieser Konkurrenz werden viele Städte von invasiven Arten dominiert, was sich nachteilig auf die Artenvielfalt auswirkt.

Die negativen Auswirkungen der Städte auf die biologische Vielfalt spiegelt den Teufelskreis wider, der sich aus nicht nachhaltigen Lebensstilen ergibt. Dieser stellt seit dem Ende des zweiten Weltkrieges das Modell für die Modernisierung und hat zur Verstädterung von mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung geführt. Es ist evident, dass die Biodiversitätskrise nicht ohne einen ganzheitlichen Ansatz angegangen werden kann, der auch Kommunalverwaltungen aktiv mit einbezieht. Die fünf aufgeführten globalen Triebkräfte des Biodiversitätsverlusts liefern klare Richtlinien, anhand derer Kommunalverwaltungen lokale Pläne, Politiken, Programme und Aktionen entwickeln können um die biologische Vielfalt schützen. Mit angemessener Unterstützung nationaler Regierungen und der internationalen Gemeinschaft können sie so zu den kollektiven Bemühungen beitragen, Biodiversitätsverlust aufzuhalten und die derzeitige Entwicklung umzukehren.

EINBEZIEHUNG SUBNATIONALER UND LOKALER REGIERUNGEN IN GLOBALE UND NATIONALE RAHMENWERKE

1. Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) und die Entwicklung des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 (Post-2020 Global Biodiversity Framework – GBF)

Die Auswirkungen städtischer Gebiete auf die biologische Vielfalt wurden bereits in der Verhandlungsphase des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) im Jahre 1992 berücksichtigt. Städte wurden jedoch erst auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) der CBD im Jahre 2008 als Schlüsselakteure für die Erhaltung der biologischen Vielfalt anerkannt. Dort wurde erstmals ein Beschluss verabschiedet, der die Parteien dazu ermutigte, die wichtige Rolle der von Kommunalverwaltungen bei der Umsetzung der CBD auf lokaler Ebene anzuerkennen.²¹ Darauf folgte die Verabschiedung eines „Aktionsplans für subnationale Regierungen, Kommunalverwaltungen und andere lokale Behörden für Biodiversität (2011-2020)“ im Rahmen der 10. Vertragsstaatenkonferenz (COP 10) der CBD im Jahre 2010, der ein besseres Engagement der lokalen Regierungen bei der Umsetzung des Übereinkommens durch die Integration der Biodiversität in die lokale und städtische Planung förderte.²² Darüber hinaus ermutigte der Aktionsplan lokale Regierungen dazu, lokale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (LBSAPs) als Mittel zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAPs) und der 20 Aichi-Biodiversitätsziele aufzustellen, die auf der COP 10 als Teil des Strategischen Plans für Biodiversität 2011-2020 angenommen wurden. Während der CBD COP 14 im Jahre 2018 verabschiedeten die Vertragsstaaten der Konvention den Beschluss CBD/COP/DECISION /14/34, in dem subnationale und lokale Regierungen ermutigt werden, eine aktive Rolle im partizipatorischen Prozess der Entwicklung des neuen globalen Rahmenwerks für die biologische Vielfalt zu spielen.²³ Der aktuelle Zero Draft des Post-2020 GBFs betont zum einen, dass dessen Umsetzung nur durch koordinierte Bemühungen lokaler, nationaler und internationaler Akteure möglich ist und somit Partnerschaften auf mehreren Ebenen notwendig sind, um das Bewusstsein auf allen Regierungsebenen zu schärfen und konkrete Aktivitäten zu fördern. Der Zero Draft fordert zum anderen eine verbesserte Integration der Werte der biologischen Vielfalt in die städtische Planungspraxis. Beispielsweise verlangt das vorgeschlagene zehnte Ziel, dass die Parteien den Zugang der StadtbewohnerInnen zu Grünflächen mindestens verdoppeln sowie einen gerechteren Zugang ermöglichen, um so die Vorteile der damit verbundenen Ökosystemleistungen für Gesundheit und Wohlbefinden besser nutzen zu können. In den Diskussionen über dieses Ziel während der letzten Arbeitsgruppensitzung wurde zudem betont, dass die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Vernetzung urbaner und ländlicher Ökosysteme wichtige Faktoren für eine bessere Integration der Natur in den städtischen Raum sind.

In der ersten Hälfte des Jahres 2020 wurde auf Initiative der schottischen Nationalregierung der Edinburgh-Prozess für subnationale Regierungen, Städte und lokale Gebietskörperschaften zum globalen Rahmen für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 ins Leben gerufen. Dieser mündete nach einer Reihe von Konsultationen in die Edinburgh-Erklärung. Die Unterzeichner dieser Erklärung verpflichten sich u.a. dazu, die Natur in ihre lokalen Planungsprozesse einzubeziehen, ihre lokalen Strategien und Maßnahmen zur

Erhaltung der biologischen Vielfalt an die NBSAPs anzupassen, Ressourcen für die biologische Vielfalt zu erhöhen, bewährte Praktiken auszutauschen und auf lokaler Ebene eine stärkere Konvergenz zwischen den verschiedenen zwischenstaatlichen Vereinbarungen zu erreichen. Darüber hinaus werden die CBD-Vertragsstaaten in der Erklärung dazu aufgefordert, die Rolle lokaler Regierungen bei der Umsetzung der Vision 2050 des Post-2020 GBFs besser anzuerkennen und diese Anerkennung explizit im Rahmentext zu verankern. Sie werden zudem aufgefordert eine COP-Entscheidung für eine bessere Einbeziehung lokaler Regierungen in den Post-2020 GBF zu unterstützen.

2. Andere biodiversitätsbezogene Rahmenwerke

Neben dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt ermutigen auch andere globale Rahmenwerke Städte und lokale Regierungen dazu, die biologische Vielfalt in ihre Politik, Pläne und Programme zu integrieren. Eine Auswahl der wichtigsten Rahmenwerke ist die folgende:

- Die 2015 verabschiedete 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung umfasst 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG). Im Hinblick auf städtische Biodiversität zielt das SDG 11 darauf ab Städte nachhaltiger, sicherer und widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel zu machen. Darüber hinaus spielen Kommunalverwaltungen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der SDGs zum Schutz der terrestrischen Ökosysteme (SDG 15), des Wassers (SDG 6) und der Meere (SDG 14), indem sie die biologische Vielfalt in die städtische Raumplanung miteinbeziehen. Der Übergang zu einem nachhaltigen Ressourcenverbrauch, die Reduktion des Abfallaufkommens und die Einführung verbesserter Systeme und Standards für die Abfallbehandlung (SDG 12) stellen weitere Handlungsfelder für Kommunen dar.
- Mit den Quito-Deklarationen von 2016 über „nachhaltige Städte und menschliche Siedlungen für alle“ verabschiedeten die Parteien des UN-Habitat-Programms die „New Urban Agenda“. Dieses Dokument ist ein Versprechen nationaler Regierungen, die Art und Weise, wie Städte und menschliche Siedlungen entworfen, finanziert, regiert und verwaltet werden, zu ändern um diese integrativer, widerstandsfähiger und nachhaltiger zu machen. Die Agenda enthält zudem eine Liste von Maßnahmen, die von nationalen und lokalen Regierungen umgesetzt werden können, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu verringern.
- Das fünfte Umweltministertreffen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) fand am 15. August 2019 unter dem Titel „Beitrag des urbanen Umweltmanagements zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten“ statt und endete mit dem Ergebnis, dass die fünf Länder eine Städtepolitik entwickeln werden, die sich auf saubere Flüsse und Meere, Abfallmanagement, Ressourceneffizienz und Rückgewinnung kontaminierter Gebiete, Abwasserentsorgung, Luftqualität und städtische Grünflächen konzentriert.
- Das 2015 verabschiedete Pariser Abkommen über den Klimawandel ist auch für Städte signifikant, da sie für 70% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind und der Klimawandel eine der Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt ist. Die Synergien zwischen den Rahmenwerken für den Klimawandel und die biologische Vielfalt werden in internationalen Verhandlungen zunehmend untersucht und weiterentwickelt.

3. Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne

Auf nationaler Ebene hat die zunehmende Integration der biodiversitätsfördernden Maßnahmen von Kommunalverwaltungen in die NBSAPs zu einer besseren Anerkennung ihrer Relevanz für die Erreichung der globalen Biodiversitätsprioritäten und -zielen geführt. Dieser wachsende Trend wird durch die Aufnahme der folgenden Themen in die NBSAPs deutlich:

- **Vertikale Integration and LBSAPs:** Viele NBSAPs, insbesondere die nach 2010 verabschiedeten, erkennen die Rolle der lokalen Regierungen beim Schutz der biologischen Vielfalt an und bieten Gestaltungsmöglichkeiten für eine verbesserte vertikale Integration im Bereich der Biodiversitätspolitik. So wurde beispielsweise im strategischen vierten Ziel des peruanischen NBSAPs festgelegt, dass bis 2017 alle Regierungsebenen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (BSAP) auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips entwickeln sollen.²⁴ In ähnlicher Weise lautet Ziel 17.3 des NBSAPs von Myanmar: *„Bis 2020 sind in mindestens drei Staaten bzw. Regionen BSAPs in Vorbereitung.“*²⁵ Auch wenn die tatsächliche Umsetzung dieser Ziele möglicherweise noch begrenzt ist, gibt es selbst in den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern klare politische Bestrebungen lokale und subnationale Regierungen in die Umsetzung ihrer NBSAPs einzubinden.
- **Landnutzungsplanung:** Eine zunehmende Anzahl von NBSAPs enthält Ziele, die auf eine Einbeziehung biologischer Vielfalt in die Prozesse der Stadt- und Flächennutzungsplanung abzielen. Beispielsweise beziehen sich die 15. und 18. Aktionen des chinesischen NBSAPs auf die Integration des Schutzes der Biodiversität in die Stadtplanung.²⁶ Des Weiteren besagt Ziel 5.1.2 des laotischen NBSAPs, dass das Land bis 2025 *„in mindestens drei Schlüsselsektoren der Wirtschaft (Energie, Land- und Forstwirtschaft) und auf lokaler Ebene in mindestens drei Provinzen über verstärkte institutionelle Mechanismen verfügt, die auf eine höhere Beteiligung von Interessensgruppen aus dem Bereich der biologischen Vielfalt in Entscheidungsprozessen der Landnutzung abzielen.“*²⁷
- **Grüne Infrastruktur:** Die Europäische Union (EU) stellte eine treibende Kraft für die Verabschiedung von Zielen zur grünen Infrastruktur in städtischen Gebieten durch ihre Mitgliedsstaaten dar. Die sechste Aktion des zweiten Ziels des BSAPs der EU fördert die Nutzung grüner Infrastruktur als Mittel zur Bekämpfung des Verlusts der biologischen Vielfalt. Ähnliche Bestrebungen spiegeln sich inzwischen in vielen NBSAPs europäischer Länder wider, wie z.B. in Aktion 1.1.7 des irischen NBSAPs. Diese besagt, dass Kommunalverwaltungen grüne Infrastrukturmaßnahmen entwickeln und naturbasierte Lösungen fördern sollen. In ähnlicher Weise verspricht der Aktionsbereich VII „Grün in der Stadt erleben“ des deutschen NBSAPs, Kommunen technische Unterstützung für der Entwicklung grüner Infrastrukturmaßnahmen bereitzustellen.

4. Nationale Umweltgesetze

Darüber hinaus räumt eine neue Generation von Umweltgesetzen lokalen Regierungen eine wichtigere Rolle ein. So hat die Europäische Union beispielsweise in ihren Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und zur strategischen Umweltprüfung (SUP) Vorgaben integriert, nach denen Kommunalverwaltungen angehalten sind partizipative Bewertungen im Zusammenhang mit Stadt-, Land- und Flächennutzungsplanungen durchzuführen.²⁸ In Myanmar hat die Nationalregierung nach der Verabschiedung ihres NBSAPs im Jahre 2015 ihre nationale Landnutzungsplanungspolitik revidiert. Diese erfordert nun von Lokalregierungen eine verbesserte Integration von Umweltschutzmaßnahmen in ihre Raumplanungspraktiken.²⁹ In einigen Ländern unterstützen nationalen Regierungen ihre lokalen Regierungen bei der Entwicklung eigener lokaler Rahmenbedingungen für die Erhaltung biologischer Vielfalt. Beispielsweise hat die chinesische Nationalregierung ihre Provinzen und Regionen dazu aufgefordert, bis

2020 sogenannte „ökologische rote Linien“ festzulegen, die große Teile des Landes als streng geschützte Naturschutzgebiete ausweisen. In Deutschland hat das Bundesumweltministerium die Bundesländer bei der Entwicklung von subnationalen Aktionsplänen zum Erhalt der biologischen Vielfalt unterstützt, sodass einige Bundesländer wie z.B. Berlin und Sachsen-Anhalt bereits eigene BSAPs verabschiedet haben.

SCHAFFUNG EINES FÖRDERLICHEN UMFELDS FÜR DIE ERHALTUNG UND DEN AUSBAU BIOLOGISCHER VIELFALT

Lokale Regierungen werden zunehmend in die Gestaltung und Umsetzung von Rahmenwerken zur biologischen Vielfalt auf nationaler und internationaler Ebene einbezogen. Während dies bereits einen entscheidenden Schritt zum Mainstreaming von Biodiversität darstellt, erfordert die erfolgreiche Umsetzung des Post-2020 GBFs die Schaffung eines günstigen Umfelds auf lokaler Ebene. Dazu gehören:

- **Für die Natur plädieren:** Die Wiederherstellung städtischer Ökosysteme erfordert nicht nur technisches Fachwissen, sondern auch ein Verständnis für den sozialen Kontext. Es ist weithin anerkannt, dass die Urbanisierung zu einer gewissen Abkopplung der Stadtbewohner von der Natur geführt hat. Daher ist es wichtig, diesen soziologischen Aspekt anzusprechen, um die Akzeptanz der städtischen Biodiversitätspolitik zu fördern.³⁰ Es ist auch wichtig, kulturelle Unterschiede anzuerkennen, da die Beziehung zur Natur stark von der Kultur beeinflusst wird, wobei einige städtische Gemeinschaften eine positivere Einstellung zur Natur haben als andere. In ähnlicher Weise ist es auch notwendig, das Bewusstsein der Bürger für die Verbrauchsmuster und die Wahl des Lebensstils zu schärfen, da Städte insgesamt 75% der natürlichen Ressourcen verbrauchen. Dazu gehört der Aufbau von Kapazitäten auf allen Ebenen, wobei der Schwerpunkt auf gewähltes und Verwaltungspersonal in den Städten sowie auf Bürger, Unternehmen und andere wichtige Interessengruppen gelegt werden muss.
- **Bewusstseinsbildung und Kapazitätsaufbau von StadtbewohnerInnen und anderen urbanen Akteuren:** Die Wiederherstellung urbaner Ökosysteme erfordert nicht nur technisches Fachwissen, sondern auch ein Verständnis für den sozialen Kontext. Es herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass Urbanisierungsprozesse zu einer gewissen Entfremdung von Mensch und Natur in Städten geführt hat. Daher ist es wichtig, diesem Phänomen entgegenzuwirken um die Akzeptanz der StadtbewohnerInnen gegenüber der Biodiversitätspolitik zu fördern. Darüber hinaus ist es wichtig, kulturelle Unterschiede zwischen StadtbewohnerInnen zu berücksichtigen. Die menschliche Beziehung zur Natur wird mitunter stark von der jeweiligen Kultur beeinflusst, sodass einige städtische Bevölkerungsgruppen eine positivere Einstellung gegenüber der Natur haben als andere. In ähnlicher Weise ist es notwendig, das Bewusstsein von StadtbewohnerInnen bezüglich ihrer Konsummuster und Lebensstile zu schärfen, da Städte insgesamt 75% der vom Menschen genutzten natürlichen Ressourcen verbrauchen. Dazu gehört ebenfalls der Auf- und Ausbau von Kapazitäten auf allen Ebenen, von Entscheidungsträgern, Verwaltungspersonal bis hin zu StadtbewohnerInnen, Unternehmen und anderen wichtigen Interessensgruppen.

- **Übergang von der Erhaltung zur Verbesserung biologischer Vielfalt:** Um Städte grüner zu machen, müssen die Wahrnehmung und das Verständnis von Entscheidungsträgern und Planern für urbane Biodiversität verändert und die kulturellen, sozialen und ökonomischen Vorteile deutlich herausgestellt werden. Dabei sollte es nicht nur darum gehen, die bestehende biologische Vielfalt zu erhalten, sondern auch darum, diese zu verbessern und die Leistungen der Ökosysteme zu nutzen. Die Konzepte der grünen Infrastruktur und naturbasierter Lösungen (NBS) werden zunehmend in die nationalen politischen Rahmenwerke der EU-Länder integriert. Sie werden darüber hinaus auf lokaler Ebene von Städten als Mittel zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und zur Erzielung anderer direkter Vorteile angewandt. So hat beispielsweise die Stadt Hamburg eine Strategie für Gründächer verabschiedet, während Singapurs ehrgeizige Biodiversitätsstrategie zu einer stärkeren Begrünung geführt hat.

Die Integration von NBS im urbanen Raum kann jedoch auch eine Herausforderung darstellen, da sie kontextspezifisch an die physischen Gegebenheiten und städteplanerischen Richtlinien angepasst werden müssen. So unterscheidet sich beispielsweise die Planung und Umsetzung von NBS in Neubaugebieten erheblich von der Anwendung in Bestandsvierteln sowie historischen und denkmalgeschützten Stadtvierteln. Letztere unterliegen strengen Auflagen, die bei der Planung von NBS berücksichtigt werden müssen.

Ganzheitliches Management biologischer Vielfalt: Das Mainstreaming von Biodiversitätsaspekten auf lokaler Ebene erfordert koordinierte Aktionen in einer Reihe von Bereichen:

- **Aufsetzen integrativer und iterativer Dialoge zwischen Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern auf lokaler Ebene.** Dies stellt sicher, dass die Wiederherstellung städtischer Biodiversität auf einem wissenschaftlich fundierten Verständnis der Ökosysteme und der von ihnen erbrachten Leistungen beruht.
- **Förderung der horizontalen Integration auf lokaler Ebene:** Die Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsbereichen ermöglicht den Aufbau von Synergien in Bezug auf die Verabschiedung von Politiken und Umsetzung von Maßnahmen sowie eine einfachere Revision von biodiversitätsschädigenden Entscheidungen.
- **Umbewertung von Stadtnatur zur Förderung von Investitionen:** Dazu ist es erforderlich, die vorherrschende Ansicht zu ändern, dass die Erhaltung und der Ausbau städtischer Biodiversität lediglich einen finanziellen Aufwand darstellen. Stattdessen sollten die erheblichen finanziellen Einsparungen aufgrund des vielfältigen Nutzens der zugrundeliegenden Ökosystemleistungen herausgearbeitet und kommuniziert werden.

Städte beheimaten komplexe Ökosysteme, die einen wichtigen Teil der globalen biologischen Vielfalt ausmachen und der städtischen Bevölkerung entscheidende Ökosystemleistungen bieten. Die Rolle städtischer Ökosysteme und ihr Nutzen sind von der wissenschaftlichen Gemeinschaft weithin anerkannt und wurden bereits in viele politische Strategien und Aktionspläne integriert, die auf eine Förderung naturbasierter Lösungen und grüner Infrastrukturmaßnahmen im urbanen Kontext abzielen. Es fehlt jedoch nach wie vor an internationalen und nationalen Finanzierungsmechanismen und -instrumenten. Diese sind unabdinglich für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Strategien und Aktionsplänen.

Quellenangabe

- ¹ Roe, Seddon and Elliott, Biodiversity loss is a development issue, Issue Paper, IIED, 2019
- ² United Nations World Urbanization Prospects 2019
- ³ McDonald, Colbert, Hamann, Simkin, Brenna Walsh & al, Nature in the Urban Century, (2018) The Nature Conservancy
- ⁴ Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014
- ⁵ Puppim de Oliveira, Jose & Balaban, Osman & Doll, Christopher & Moreno-Peñaranda, Raquel & Gasparatos, Alexandros & Iossifova, Deljana & Suwa, Aki. (2010). Cities, Biodiversity and Governance: Perspectives and Challenges of the Implementation of the Convention of Biological Diversity at the City Level. UNU-IAS Policy Report 2010
- ⁶ Czech, B., Krausman, P.R. & Devers, P.K. (2000) Economic associations among causes of species endangerment in the United States. *BioScience*, 50(7), 593–601
- ⁷ Koehnken, L., and Rintoul, M. (2018) Impacts of Sand Mining on Ecosystem Structure, Process and Biodiversity in Rivers. WWF.
- ⁸ McDonald, Colbert, Hamann, Simkin, Brenna Walsh & al, Nature in the Urban Century, (2018) The Nature Conservancy.
- ⁹ Elmqvist, Zipperer and Güneralp, Urbanization, Habitat Loss and Biodiversity Decline, in Seto, Solecki and Griffith "The Routledge Handbook of Urbanization and Global Environmental Change" Routledge 2015
- ¹⁴ Ibid 3
- ¹⁵ Regmi and Dyck, Effect of Urbanization on Global Food Demand in USDA Changing Structure of Global Food Consumption and Trade, WRS-01-1, 2001
- ¹⁶ United Nations Population Division. World Urbanization Prospects: 2018 Revision
- ¹⁷ Berube & Parilla, Metro Trade: the Cities return to their roots in the global economy, the Brookings Institution Metropolitan Program, 2012
- ¹⁸ Burgiel, Stas & Foote, Greg & Orellana, Marcos & Perrault, Anne. (2006). Invasive Alien Species and Trade: Integrating Prevention Measures and International Trade Rules.
- ¹⁹ Elmqvist, Zipperer and Güneralp, Urbanization, Habitat Loss and Biodiversity Decline, in Seto, Solecki and Griffith "The Routledge Handbook of Urbanization and Global Environmental Change" Routledge 2015
- ²⁰ Shochat, Eyal & Lerman, Susannah & Anderies, John & Warren, Paige & Faeth, Stanley & Nilon, Charles. (2010). Invasion, Competition, and Biodiversity Loss in Urban Ecosystems.
- ²¹ ICBD COP 9 Decision IX/28
- ²² CBD COP 10 Decision X/22
- ²³ CBD COP 14 Decision 14/34
- ²⁴ Perú, Ministry for Environment: Estrategia Nacional de Diversidad Biológica al 2021, Plan de Acción 2014 - 2018
- ²⁵ Myanmar, Ministry of Environmental Conservation and Forestry, National Biodiversity Strategy and Action Plan (2015–2020) (2015)
- ²⁶ China National Biodiversity Strategy and Action Plan (v2), 2010
- ²⁷ Lao National Biodiversity Strategy and Action Plan (v2), 2016
- ²⁸ Directive 2001/42/EC on the assessment of the effects of certain plans and programmes on the environment
- ²⁹ Myanmar National Land Use Policy, 2016
- ³⁰ Elmqvist et al, Urbanization, "Biodiversity and Ecosystem Services: Challenges and Opportunities A Global Assessment," 2013 Springer

ZITIERUNG

Diese Publikation sollte zitiert werden als:

ICLEI – Local Governments for Sustainability, 2020.
Thesenpapier: Einbindung lokaler Regierungen in den Verhandlungs- und Umsetzungsprozess des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020

Autoren: Thibault Renoux (ICLEI), Sunandan Tiwari (ICLEI)

Lektorat: Olga Horn (ICLEI), Dana Vigram (ICLEI), Ingrid Coetzee (ICLEI CBC), Holger Robrecht (ICLEI Europe), Merlin Lao (ICLEI East Asia), Lennart Kümper-Schlake (BfN), Jutta Stadler (BfN), Florian Mayer (BfN), Udo Bendzko (City of Hamburg), Justus Quanz (City of Hamburg), Michael Gödde (City of Berlin), Susanne Nolden (City of Bonn), Robert Spreter (Kommunen für biologische Vielfalt)

URHEBERRECHT

© 2020 ICLEI - Local Governments for Sustainability e.V. Alle Rechte vorbehalten.

Das ICLEI Weltsekretariat hat das Urheberrecht dieser Publikation, einschließlich Text, Analysen, Logos und Layoutgestaltung. Anfragen zur Vervielfältigung oder zur Zitatmaterial ganz oder teilweise an global.projects@iclei.org. ICLEI ermutigt zur Nutzung und Verbreitung dieses Berichts sowie die Erlaubnis dieses Material ohne Änderungen zu reproduzieren wird in der Regel kostenlos zugelassen für nicht-kommerzielle Nutzung.

ICLEI – Local Governments for Sustainability ist ein globales Netzwerk von mehr als 1.750 lokalen und Regionalregierungen, die sich für nachhaltige Stadtentwicklung.

Wir sind in über 100 Ländern aktiv und beeinflussen die Nachhaltigkeitspolitik und treiben lokale Aktionen für eine emissionsarme, naturnahe, gerechte, belastbare und zirkuläre Entwicklung voran.

ICLEI bringt eine starke städtische Komponente in die nationale und globale Nachhaltigkeitspolitik ein und setzt diese Politik in die Tat um. Wir machen Nachhaltigkeit zu einem integralen Bestandteil der Stadtentwicklung und schaffen durch praktische, integrierte Lösungen systemische Veränderungen in städtischen Gebieten. Wir helfen Städten, Gemeinden und Regionen, komplexe Herausforderungen zu antizipieren und auf sie zu reagieren, von der raschen Urbanisierung und dem Klimawandel bis hin zur Schädigung der Ökosysteme und Ungerechtigkeiten. Unsere Mitglieder und unser Expertenteam arbeiten durch Peer-Austausch, Partnerschaften und Kapazitätsaufbau zusammen, um einen systemischen Wandel zu bewirken für städtische Nachhaltigkeit.

ICLEI – Local Governments for Sustainability e.V.

World Secretariat
Kaiser-Friedrich Str. 7
53113 Bonn

www.iclei.org



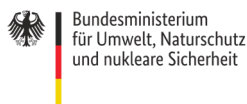
Erstellt von



Mit Unterstützung von



Im Auftrag von



Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit finanziellen Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit